

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage  
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage  
„Feierstunden“

Veröffentlichung, Druck und Verlag von W. B. Hoffmann (Herrn Walter Nagold).

bestenfalls Stellung im  
Oberamt Nagold. —  
Wichtiges hat dabei den  
besten Erfolg.

Die Redaktion wird von  
Herrn Walter Nagold  
abgegeben. —  
Wichtiges hat dabei den  
besten Erfolg.

Telegraphische Adressen:  
Gesellschafter Nagold,  
Postfachnummer:  
Nagold 5115.

Nr. 173

Begründet 1826.

Freitag den 25. Juli 1924

Preis pro Nummer 20.

98. Jahrgang

### Tagespiegel

Im Reichstagsauschuss für Kaufverteilung wurde von Reichsanwalt erklärt, dass Reichsfinanzminister kein „zu sehr beaufschlagt“, um sich mit der Aufwertung zu befassen; es besteht von der öffentlichen Behandlung dieser Frage nur ein Verbot zu weiterer Spekulation. — Sehr einfach.

Mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen in London soll die allgemeine politische Lage im Reichstag, die am Freitag beginnt, auf Wunsch der Regierung nicht über Samstag hinaus ausgedehnt werden.

Carl Hauss sollen die deutschen Vertreter anfangs nächste Woche nach London berufen werden. Es wird angenommen, daß die Konferenz noch 14 Tage dauern werde.

Die amerikanischen Bankiers sind nach mehrseitigen Verhandlungen mit Berliner Großbanken über die Unterbringung eines Teils der 800 Millionenanleihe in Deutschland (d. h. bei den Banken bzw. im deutschen Publikum) von Berlin nicht abgerufen.

In Kassel verlässt der Abkömmling der 800 Millionenanleihe die unvollständige Dauer. Sie soll 2 Monate nach Ablauf des Kollisions zur allgemeinen Zahlung aufgelegt werden.

In Amsterdam ist der niederländische Weltkongress in Anwesenheit des Kardinals Schaft-Klein eröffnet worden.

Die norwegische Regierung ist wegen der Ablehnung der von der Regierung beantragten Aufhebung des Brandstreichverbots durch den Landtag (mit 22 gegen 16 Stimmen) zurückgetreten.

Nach der Londoner „Morning Post“ will Herrriot die Moskauer Regierung zu Verhandlungen in Paris über die Fortsetzung der Sozialregierung einladen.

### Wer wird in London sprechen?

Die deutsche Mission

Der verstorbenen deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes hat am 10. Juli 1924 auf der Konferenz von Spa vor den versammelten Vertretern des Verbands eine Rede gehalten, deren Schärfe und Freimut bei den Siegern wie man sich vielleicht noch erinnert, einige Bestürzung auslöste und auch den Zeitgenossen und manchen Erfüllungspolitikern im eigenen deutschen Land nicht sehr gefiel. Die wichtigste Sache aus jener Rede — Stinnes war der erste und bis jetzt letzter deutscher Delegierter der einzige Deutsche, der es wagte, vor versammeltem Verbandskongress den Mund aufzumachen — lautete:

„Ich spreche stehend, damit ich meinen Zuhörern ins Auge sehen kann. Sie werden mir gestatten, freiwillig zu sprechen. . . Wer nicht von der Siegertranche unheilbar befallen ist, weiß, daß mit den jetzt üblichen „Decisionen“ es nicht getan ist. Sie sind das Ohr, durch das die europäische, ja die ganze Welt hören will, was wir Deutschen in einer europäischen Lebensfrage, die ohne unsere tatkräftige Mitwirkung nicht zu lösen ist, zu sagen haben. Ich spreche somit aus nationaler Pflicht, nicht aus Höflichkeit gebildet, hier oder anderwärts. . . Der Friedensvertrag von Versailles hat zwar ein Recht geschaffen, aber ein Recht, das einem armen ausgehungerten Volk abgepreßt wurde. . . Ein Diktat können wir jetzt nicht mehr annehmen. Dafür steht Ihnen noch unsere Vorstellungen auf Grund des Friedensvertrags das Recht nicht zur Seite.“

So der viel angeführte Stinnes in Spa. Wenn er heute während der Londoner Konferenz von 1924 noch lebte und die eingetragene deutsche Regierung ihn etwa als Wirtschaftswissenschaftler mitgehen ließe, er würde wahrscheinlich nicht anders sprechen. Jedes Wort gilt noch. Was Außenminister Dr. Stresemann in London zu sagen hat, wird vorsichtiger und diplomatischer lauten müssen, obwohl er aus derselben Partei hervorgegangen ist, der Hugo Stinnes angehörte und obwohl er angesichts der unglücklichen Siegerhaltung des Verbands vielleicht daselbe denkt und fühlt, wie seinerzeit Stinnes in Spa. Aber die Verbündeten haben ja bereits durch ihre Presse den Wunsch geäußert, daß das höchste deutsche, das nach London kommen soll, zwar möglichst klein an Zahl sein möge, daß aber unbedingt auch Wirtschaftspolitiker darunter sein sollen, die ernannt sind, freier von der Rede weg zu reden, als die Diplomaten. Wer wird also in London sprechen? Wer wird den großen Mann und ihrem einflussreichen Anhang sagen, wie dem Deutschen ansehnlich ihre Verhandlungsbestimmungen zu Nutze sind und wie schlecht bei ihrer Kommissionsarbeit die europäische Lebensfrage verkommen?

Wiederholungsfragen waren es ja auch in den letzten Tagen in London nicht die amtlichen Regierungsvertreter, denen ein Platz einräumt, sondern die Bankiers von London und ihre amerikanischen Freunde. Was Donald wurde in aller Morgenfrühe, es war am Montag, von der Mitteilung über-

raucht, daß die englischen und amerikanischen Finanzleute wegen des ganzen schönen Papierwert der Unterausweise Einlass erhoben. Schnell wurden ein paar hochpostulante Frühblätter und Abendessen veranstaltet. Die Finanzminister Europas mußten mit den Börsengrößen frühstücken, die Ministerpräsidenten mit den Abgeordneten Amerikas und es stellte sich zur archaischen Enttäuschung der bisher so fleißigen Gehémdiplomatie heraus, daß die gesamte anglo-amerikanische Finanzwelt wie ein Mann Widerspruch erhebt gegen die Widerkehr der absoluten Macht der Entschädigungskommission, die auch mit einem amerikanischen Privatmann als Mitglied jederzeit eine Wechheit gegen die angelächlichen Länder bilden könne, zweitens gegen den § 4 des Beschlusses des Ersten Ausschusses, der die Aufrechterhaltung der Rechte der Verbandsstaaten nach dem Friedensvertrag ausdrücklich bekräftigt, und drittens gegen die Absichten der Franzosen und Belgier, die westdeutschen Eisenbahnen durch Einsetzung fremden Personals in der Hand zu behalten.

Die englischen und amerikanischen Finanzleute haben also im Interesse der künftigen Geldgeber das vorausgenommen, was ein Vertreter des deutschen Standpunkts in London vorzubringen hätte. Damit ist aber nicht gesagt, daß die deutsche Sendung für die Londoner Konferenz überflüssig geworden sei. Im Gegenteil, wir müssen uns jetzt erst recht hören! Sie müssen hören, wie man in Deutschland über das bisherige Londoner Geschäftswerk und insbesondere darüber denkt, daß die Franzosen allererstens die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets auszuhalten und einer besonderen späteren Pariser Konferenz zuzuführen wollen. Wer wird in London sprechen?

### Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Juli.

Schluss des Berichts. Für die Kriegsbekämpfung beantragt der Ausschuss eine Erhöhung der Renten und Zuschläge von 40 auf 50 Prozent und für die Kriegsteilnehmer von 1800 auf 1870 von 10 auf 15 Mark.

Die Höchstgröße der Erwerbslosenfürsorge sollen in der Hauptunterstützung 20—25 Prozent, die Familienzuschläge um 50 Prozent erhöht werden. Für Jugendliche soll die Unterstützung schon mit dem 17. (bisher 18.) Lebensjahr eintreten und männliche und weibliche Erwerbslose gleich unterstützt werden.

Abg. Hark (Deutschmet.) verlangt, daß die Sozialversicherung halt des bürokratischen Betriebs in Selbstverwaltung auf berufständischer Grundlage genommen und daß die Familienzulage um 100 Prozent erhöht werde. Für die Erwerbslosen müsse Arbeit geschaffen werden, die dem Gemeinwohl dient.

Abg. Hoch fordert Erhöhung aller Renten; die Mittel sollen durch eine scharfe Besteuerung der Kaufkraftsteuern, Einschränkung der Reichswahlleistungen und einen Steuerzuschlag für Vermögende über 100 000 Mark bestrahlt werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, die beantragten Erhöhungen könnten in der geforderten Höhe vom Reich, von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht getragen werden. Für die Fürsorgepflicht werde die Regierung bestimmte Grundätze aufstellen. In der Erwerbslosenfürsorge werde sie den Vorschlägen des Ausschusses folgen. Reichsfinanzminister Dr. Luther: Das Reich würde jetzt 15 Millionen Mark aus dem Haushalt für sozialpolitische Zwecke auf, mehr sei unmöglich, sonst bekäme man eine neue Inflation. Eine Erhöhung der Steuern sei nicht mehr durchführbar, viele Steuern haben gekündet werden müssen. Die Besteuerung der Kaufkraftsteuern würde nicht viel einbringen, sie würde überdies auf die Wirtschaftlichen abgewälzt werden. Eine neue Erhöhung der deutschen Währung würde furchtbare Folgen haben.

### Die Londoner Konferenz

London, 24. Juli. Die durch den Widerstand der Bankiers plötzlich veränderte Lage ist noch immer ungeklärt, manche zweifeln schon an einem Gelingen der Konferenz. Man hört sagen, die Bankiers haben die Sache zu weit getrieben oder man begünstigt den amerikanischen Vorschlag Kellogg, daß er die Bankiers angeklagt habe. Nur die Befürchtung, daß die ganze Konferenz scheitern könnte, soll diese noch zusammenhalten. Die amerikanischen Bankiers sollen entschlossen sein, nicht nachzugeben. Andererseits hat Herrriot aus französischen Senatskreisen (Poincarés Hand) Drohungen erhalten, er dürfe keine Zugeständnisse machen, namentlich nicht bezüglich der Rechte der Entschädigungskommission und der Sanktionen. Zarische ist aber, daß die spanische Meinung in Frankreich überwiegend nicht mehr wünscht, daß Herrriot an seinen äusseren Forderungen festhalte, die mit seinem eigenen Regierungsprogramm nicht übereinstimmen und die er sich von der Senatmehrheit (Poincaré) hat aufdrängen lassen.

Die zweite Vollziehung

Gestern nachmittag fand die zweite Vollziehung der Konferenz statt. Währungsbeschlüsse wurde nicht geschlossen. Zu erwähnen

ist, daß der dritte Hauptausgang (zur Übertragung der deutschen Zahlungen) beantragt wurde, die Frage zu behandeln, daß man von der deutschen Reichsregierung die Zulage einer trächtigen Förderung der Sachleistungen erhalte, und daß im Verein mit Deutschland der Sachleistungsplan vereinbart werde. Die Frage der Einladung Deutschlands wurde zwei juristischen Sachverständigen, einem Franzosen und einem Engländer, zur Begutachtung überlassen.

Dritter Vermittlungsvorschlag Ichnis

London, 24. Juli. Der belgische Ministerpräsident Thelens hat für die Sanktionen einen dritten Vorschlag gemacht; Diejenige verbündete Macht, die Sanktionen gegen Deutschland verbürgen wolle, solle sich verpflichten, die Verzinsung der 800 Millionenanleihe zu verbürgen. Die Bankiers wollen aber, wie es scheint, von der Entschädigungskommission überhaupt nichts mehr wissen, da sie sich als ein politisches Werkzeug in den Händen derjenigen Regierungen erweisen habe, die in der Kommission vertreten sind.

Die Finanzleute sollen den Frieden diktiert

New York, 24. Juli. Die amerikanischen Wähler sind über den Widerstand der französischen Abordnung auf der Londoner Konferenz ungehalten. Sie fordern die Bankiers auf, genaue Bedingungen aufzustellen und das Begehren Frankreichs, gegebenenfalls allein gegen Deutschland vorzugehen, entschieden abzulehnen. „Evening World“ schreibt, nach Jahren fortgesetzter Mißgriffe sei es an der Zeit, daß die Finanzleute den Frieden diktierten. Eine erste Bedingung sei, daß das Ruhrgebiet sofort geräumt werde.

Ein englisches Blatt über das Dawes-Gesetz

London, 24. Juli. Der „Evening Standard“ schreibt: „Zwar vertritt der Bericht den Gedanken einer allgemeinen Finanzüberwachung. Aber die von seinen Verfassern erfindenen und vorgeschlagenen Methoden sind ja viel wirksamer. — Ein wesentlicher Teil des deutschen Volkseinkommens und der Staatseinnahmen wird direkt in die Taschen der Verbündeten fließen. Deutschlands Finanzkraft wird verkrüppelt werden und seine politische und militärische Kraft nicht minder. Krieg kann schließlich ohne Geld geführt werden, weil eine Regierung im Krieg requirieren kann. Aber Rührung zum Kriege erfordert finanzielle Vorbereitung. Der planmäßige Dawesbericht entwarf also Deutschland viel wirksamer, als irgendeine militärische Überwachungskommission es vermöchte. Die Daweskommission bestand, Gott sei Dank, aus Finanzfachverständigen. Mit einer Geschicklichkeit, die gar nicht genug bewundert werden kann, haben sie sich der Einnahmequelle Deutschlands bemächtigt. Die finanzielle Aufsicht, der die Türkei durch die ottomanische Schuldenkommission unterstellt wurde, ist nicht im Vergleich mit dem Zwang, dem Deutschland jetzt unterworfen wird. Noch niemals ist eine Maßnahme von so scharf ausgeprägter und so schrecklicher Kraft angewendet worden, um ein ganzes Volk auszuquetschen. Noch niemals ist etwas dergleichen einer Nation von fremder Macht aufgezwungen worden.“

Warum Deutschland bezahlen muß

Paris, 24. Juli. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ veröffentlicht einen Artikel Poincarés unter dem Titel: „Warum Deutschland bezahlen muß“. Poincaré sagt: „Wenn es die Gerechtigkeit (1) nicht erfordern würde, daß Deutschland die Entschädigungen bezahlt, so würde das Interesse der Verbündeten (2) allein genügen, um die Zahlungen unbedingt notwendig zu machen. Die Sachverständigen haben dies Wahrheit immer ausgesprochen. Die vollständige Durchführung des Dawesplans würde die wirtschaftliche Lage Deutschlands wesentlich verbessern. Deshalb wäre es ganz unvorsichtig, die ohnehin schon leichten Lasten, die die Sachverständigen Deutschland auferlegen, zu verringern. Die Berichte der französisch-belgischen Ingenieur-Kommission beweisen, daß die Lage, die durch die starke deutsche Produktion im

Ruhrgebiet und den allgemeinen Sturz der Beschäftigten zustandenden ist, für die Verbündeten außerordentlich bedrohlich ist. Die deutschen Arbeitslosen sind heute schon in der Lage, ihren Willen auf allen Märkten zu diktiert. Falls die Einschränkungen, die die Belegung des Ruhrgebiets dem deutschen Wirtschaft aufzuerlegt, aufgehoben sein werden, wird Deutschland imstande sein, sogar die englische Kohle im amerikanischen Meer und im Mittelmeer zu erzeugen. Alle Nationen haben durch den Krieg gelitten, nur Deutschland hat sich während dieser Zeit bereichert (1) und kann es noch mehr tun. Wenn die Verbündeten geneigt bleiben, so kann die Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Handels mehr oder weniger eingebremst werden. Wenn aber Deutschland das unendliche Hilfsmittel und seine inneren Staatskräfte besitzt, keine Entschädigungen bezahlen muß, so wird Frankreich und England nur übrigbleiben, auf ihren Trümmern gegenüber einem wohlhabenden Schuldner, der über unser Geld spotten wird, zu weinen.“ — Wenn das in London nicht hilft!

amt Hoffen  
Leinwand  
Holz-  
verkauf.  
ontag, den 4.  
n. 9 1/2 Uhr bei  
Reinweiler aus  
id Gut Horn-  
Heilberg, Neb-  
Hoffen: Rem:  
41 Postl. 1205  
zu. unlociert.  
Schir, 3 Postl.  
p. 15 Kake.  
griffe durch die  
tion, O. J. G.  
206  
8 U. (in der  
Stiche) Best.  
u. Vorplatz.  
den Leben (Wol-  
sch; Son. f. Biol.  
Dd. n. Händel.  
Hörspiel:  
bisch, o. Hebe  
d. n. Hage in  
E. G. Hoff.  
nehme  
Dinge nie  
affen, das  
en würde  
rue sein.  
nehme  
nko  
schmitt  
den Rollen  
gen sich  
n. Deitel  
enko  
Wass- und  
Soda  
zim  
g von Holz-  
r Märkten  
ig bei  
lung Jaffe  
unmühtiges  
amer  
et zu mieten  
ucht.  
t? (vgl. Df  
d. Bl. 216  
nungen.  
neter verkauft  
iertag mit  
ngen  
gen Letzten  
35 u. 25 St.  
Schulbuchh.  
gold. 214  
Dr. Halden  
Moff-  
Faß  
ein  
mmet  
ausen.  
n Schilde  
ertrage.  
h, laß neu  
gen-  
inde  
anten 207  
us Roll  
nungen.



# Neue Nachrichten

## Die Stellung der Reichsregierung

Berlin, 24. Juli. Als Ergebnis der Beratung des Ausschusses am Mittwoch vormittag wird gemeldet, daß es von der Form der Einladung, die von der Regierung am Donnerstag erwartet wurde, abhängen wird, welche Stellung die Reichsregierung zur Londoner Konferenz nehmen kann. Wenn Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied würde, so würde eine entsprechende Vertretung (Stresemann) notwendig sein. Sollte aber Deutschland nur die Konferenz beschließen entgegennehmen und zu unterzeichnen haben, so würde die Entsendung eines Ministerialdirektors genügen, oder man würde die Konferenz erlauben, die Beschlüsse in Berlin mitteilen zu lassen. Im allgemeinen beurteilt man in den Kreisen der Regierung die Lage nicht ungünstig. Da durch das Angreifen der Amerikaner bezüglich der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheit des Reichs im besetzten Gebiet französische Sonderbestrebungen verdrängt werden seien. Vor der ständigen Bedrohung mit Sowjetunion müsse das Reich befreit werden. Wenn ferner auf der Konferenz immer von „Verfehlungen“ Deutschlands gesprochen werde, so müsse festgestellt werden, daß das Sowjetregime die Ursachen dieser Verfehlungen nicht kenne, sondern daß es ausdrücklich von Beobachtungen oder persönlichen Verfehlungen spreche. Die Franzosen seien eher bemüht, den großen Unterschied immer zu verweisen, nicht für die Bewusstheit der Durchführung des Dawesplans ist die Entschädigungskommission nicht die geeignete Stelle. Deutschland müsse auch alles daran setzen, daß über die Rheinungesetz des letzten Jahres keine Klärung herbeigeführt werde. Nach der Inkraftsetzung des Autarkiegesetzes müssen die Behörden ihre Befehlsbefugnisse selbst begreifen, weshalb die Reichsregierung mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Befugnisse auch im Rheinland rechnen. Die Stellung zum Völkerbund sei nicht ablehnend, die Regierung halte den Zeitpunkt des Beitritts aber noch nicht für gekommen.

## Unterstützung der Ausgewiesenen

Berlin, 24. Juli. Nachdem die kürzlich bewilligten 5 Millionen Goldmark zur Unterstützung der in die besetzten Gebiete Heimkehrenden aufgebraucht sind, hat das Reichsministerium, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags, die Rückführung durch das Reich, die weitere Summe von 3 Millionen Goldmark für diesen Zweck anzuweisen.

## Weitere Begnadigungen

Berlin, 24. Juli. Der stellvertretende französische Minister des Auswärtigen, Renaud, hat dem deutschen Botschafter eine weitere Ausdehnung der Begnadigungen für Ausgewiesene und Befreiung in Aussicht gestellt, sobald eine Regelung der ferneren deutsch-französischen Beziehungen durch die Londoner Konferenz erfolgt sei. — Aber ihre Wohnungen erhalten die Ausgewiesenen nicht zurück.

## Die vorläufige Saargebietregierung

Brüssel, 24. Juli. Die vorläufige (vollständig französisch beeinflusste) Regierungskommission des Saargebietes legt in ihrem Verwaltungsbereich für das zweite Halbjahr 1924 an das Völkerbundsekretariat die wirtschaftliche und soziale Lage des Gebiets in sehr befriedigender Weise dar. Sie behauptet keine Wirtschaftskrise, wie von anderer Seite behauptet wurde, sondern nur gewisse Schwierigkeiten, die man nicht übersehen dürfe.

## Feststellung in Rom

Rom, 24. Juli. Der große Rat der Regierenden hat beschlossen, daß der Tag des „Marsches auf Rom“, der 28. Oktober, durch die Ernennung der Mussi offiziell begangen werden soll. Ein großer Teil der Räte solle zu diesem Zweck in Rom zusammenkommen.

Die Londoner „Times“ begünstigt, daß die Macht Mussis, die auf unmittelbarer Gewalt beruhe, auf die Dauer bestehen könne. Einen dauerhaften Ordnungszustand im Saargebiet und politischen Leben Italiens könne sie nicht schaffen.

Mit dem heutigen Tage müssen gemäß dem Pressebescheid die Senatoren und Abgeordneten, die bisher eine Zeitung verantwortungsvoll geleitet haben, diese Stellung aufgeben. Die „Corriere della Sera“ wagt schon Befehle unter Mussi, der von Mittelung.

## Der Unfall in Brasilien

Newport, 24. Juli. Nach einer Meldung aus Santos sollen die Luftschiffe die Bundesstrassen um einen Offiziersposten erreicht. Der Präsident der Republik soll gemeldet haben, daß die Luftschiffe sich bedingungslos unterwerfen würden.

# Württemberg

Stuttgart, 24. Juli. Herabsetzung der Fremdenwohnsteuer. In einer Besprechung mit Vertretern der Presse wandte sich Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager gegen die Auffassung, als ob die Stadt Stuttgart in Geldschwemme. Die vorhandenen Gelder dürften nicht mehr bleiben und die Stadt könne gar nicht genug Grundbesitz haben. Aus diesem Grund habe die Stadt in letzter Zeit größere Liegenschaftskäufe vorgenommen. Der Fremdenverkehr habe bedeutend nachgelassen. Beabsichtigt ist eine Herabsetzung der Fremdenwohnsteuer, jedoch nicht ihre gänzliche Aufhebung. Der Betrag dieser Steuer war mit 600 000 Mark in den laufenden Haushaltsplan eingestellt. Für das nächste Jahr wurde eine große Landesgewerbeausstellung in Aussicht genommen.

Parlamentarische Anfrage wegen der Bauernfrage. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Koll, Hilbrandt und Hoffmann haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, ob die Reichsregierung die Veranstaltung der Bauernfrage in Württemberg für vereinbar mit der Reichsverfassung halte, was sie dagegen zu tun gedenke und ob sie es im Interesse Deutschlands liegend ansehe, daß

Kriegsmehrheit an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Und daß eine politische Partei Schließungen mit Infanterie, Artillerie und Karabinern ablehne.

Kriegsopferfest. Am 3. August sind nach amtlicher Mitteilung alle genehmigungspflichtigen Veranstaltungen von Parteien verboten.

Schreierverein und Co. Oberschulrat. Dem Vorstand des Württ. Lehrervereins geht eine folgende Erklärung zu: Der Gesamtverband des Württ. Lehrervereins weist die Presseangriffe wegen der Zugehörigkeit von Mitgliedern des Co. Oberschulrats zu der Vereinstellung mit aller Entschiedenheit zurück. Das verfassungsmäßige Recht, sich in einem Vereinsamt zu betätigen, muß auch Mitgliedern von Behörden ungeschmälert erhalten bleiben.

Stuttgart, 24. Juli. Ehrenpforten. Ministerialrat Robert Wendling im Kultusministerium ist wegen seiner Verdienste um die Neugestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Württemberg von der juristischen Fakultät der Universität Tübingen zum Ehren doktor ernannt worden.

Schwurgericht. Der 19jährige Hilfsarbeiter Karl Bräuning von Württemberg O. L. Leinberg verurteilt am 10. Mai in der Sägmühle Arnold eine 43jährige Dienstmagd zu verewaltigen. Der zu Hilfe eilende Schwiegerohn Arnolds, der Bauer Hettich, wurde von Bräuning erschossen. Verurteilung wurde zu 5 Jahren 2 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Tom Tage. In der Testische in Cambsort hat sich ein 42jähriger herrenlosender Kaufmann erschossen.

## Aus dem Lande

Schöberg O. L. Waiblingen, 24. Juli. Zeichenfärbung. Die Leiche der vermißten Anna Maier wurde unterhalb der Reiferbrücke gefunden.

Blüderhausen, 24. Juli. Besichtigung. Der Gemeinderat hat beschlossen, beim Staatsministerium die Postvermittlung vom Bezirk Blüderhausen und den Anschließern an das Oberamt Schorndorf zu beantragen.

Kleingarten, 24. Juli. Verurteilung. Der 43jährige Wegger und Wirt Robert Steinarth ist in der Scheuer abgehängt und war sofort tot.

Nordheim, O. L. Bradenheim, 24. Juli. Falschmünzer. In einem hiesigen Fritziergeschäft gab ein unger Mann einen falschen Willonenschein aus. Der Landjäger wurde verständigt und nahm den Mann fest. Er stammt aus Pforzheim und trug noch 40 falsche Stücke bei sich.

Hall, 24. Juli. Günstiger Abschluß. Die Haller Pfingstfestspiele haben einen Ueberschuß von über 4000 Mark gebracht, ungedruckt die vorhandenen Anschaffungen. Die Aufführung im Jahr 1914 hatte mit einem Zuschuß von 415 Mark abgeschlossen. Der jetzige Ueberschuß soll zur Anschaffung weiterer geschichtlicher Trachten usw. für künftige Festspiele verwendet werden.

Mergenthal, 24. Juli. Turnier. Dem Beispiel der größeren Badorte im übrigen Deutschland folgend, hat sich die Kurverwaltung entschlossen, am 16. und 17. August ein großes Reit- und Fahrturnier abzuhalten. Dressurprüfungen, Jagdspringen, Fahrprüfungen und sonstige reitliche Vorführungen bilden das Programm. Auch ein landlicher Reiterverein wird eine Abteilung von jungen Bayersöhnen auf selbstgepognen Pferden vorführen. Am Sonntag, den 17. August, werden Sonderzüge von Stuttgart und Würzburg nach Mergenthal zu außerordentlich billigen Preisen geführt werden. Es ist dies eine nie wiederkehrende Gelegenheit sich die alte Deutschordensstadt Mergenthal, kein Bad und eine erstklassige Reit- und Fahrturnier Veranstaltung anzusehen. Wegen des Sonderzugs wende man sich an den Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart, Hauptbahnhof, Lustanstalt.

Tübingen, 24. Juli. Erhängt. Im Abort des Hauptbahnhofes hat sich ein etwa 50jähriger unbekannter Mann erhängt.

Tübingen, 24. Juli. Konkurs der Gewerbedant. Ueber das Vermögen der Gewerbedant ist nunmehr das Konkursverfahren eröffnet worden.

Rosenburg, 24. Juli. Beihwechsel. Der ungefähr 40 jährige Baumgarten am Wegentaler Weg, der Frau Kaufmann Regina Witwe hier gehörig, wurde vom Bistum um 14 000 Mark angekauft.

Müßingen a. Steinhilber, 24. Juli. Das Pferd im Keller. Dieser Tage lief ein Pferd, statt in das Stoppel zu gehen, dem Hausgang zu, wog sich durch die offene Kellertür und rutschte in der Kniebeuge die schmale Kellerstufe hinab. Mit Würde konnte der Anstreicher unter Anlegen von Seilen und Striden und unter Aufgebot der ganzen Nachbarschaft ohne besondere Verletzungen wieder aus Logenlicht geholt werden.

Ulm, 24. Juli. Lebensrettung. Der Vorsteher des 1. Schützenvereins, Dentist Albert Ritter, rettete unter Einwirkung des eigenen Lebens eine zu Besuch weilende Dame von Regensburg aus der Donau.

Biberach, 24. Juli. Verunglückt. Der Landwirt Müller von Weppershofen fiel auf dem Heimweg von Ochsenhausen, wo er zum Mitfahren eingeladen worden war, an einer Bergabiegung vom Wagen und erlitt tödliche Verletzungen.

Grünstadt, O. L. Ravensburg, 24. Juli. Unfall. Beim Baden des Bäckers für ein Hochzeitsfesten erlitt sich dieser und rief dem Bauernsohn Johann Fuhs die rechte Hand weg, ferner erlitt er an der linken Hand und im Gesicht schwere Brandwunden.

Ulm, 24. Juli. Ein Tischhämmer für Rentner und Kleinkapitalisten. In einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Bezugs- und Abgabengesellschaft Oberes Jagsttal und Härtsfeld, St. Ulm, wurde, vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung, der einstimmige Beschluß gefaßt: Die Geschäftsstelle der Genossen sowie Ne der Genossen-

schaft gegebenen Darlehen werden nach Friedensmiete vollkommen aufgewertet. Der Zins wird in Friedenshöhe nach und nach weiterbezahlt. Angehängt wurde die Bedingung: Der Pächter verpflichtet sich, das Kapital vor 1. Januar 1932 nicht zu kündigen. Die Genossenschaft behält sich eine frühere Rückzahlung vor. Kleine Darlehen werden getilgt und zurückbezahlt, sofern der Geber das Darlehen nicht erlösen will oder kann.

## Aus Baden.

Karlsruhe, 24. Juli. Der diesjährige Landesparteitag der Zentrumspartei findet am 28. September in Radolfzell statt.

Esslingen, 24. Juli. Der Bürgerausschuß hat den Ueberschuß für Grund- und Hausbesitz von 44 auf 41 Pfennig und für das Betriebsvermögen von 60 auf 58 Pfennig herabgesetzt. Die Ueberschüsse in England (zu etwa 8 Prozent, zusammen mit anderen böhmisches Städten) soll für Esslingen 200 000 M betragen gegen Verpfändung der städtischen Werke und des städtischen Waldbesitzes. Mit 40 gegen 19 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen wurde die Aufnahme der Ueberschüsse in Ueberschuß genehmigt. Das Schulgeld der Gewerbe- und Handelsschule wurde von 24 auf 16 M herabgesetzt.

Heidelberg, 24. Juli. Der Stadtrat hat sich heute nachmittag erneut mit der Oberbürgermeister, und der Vorstand des Arbeitervereins beschäftigt, da der Oberbürgermeister Dr. Wolf die Mitteilung der Stadtratsbeschlüsse vom Montag nicht beantwortet hat.

## Aus Stadt und Land.

Karlsruhe, den 25. Juli 1924.

Eine notwendige Maßnahme. Mit dem Ende der Woche wird, nach Berliner Meldungen, die Postzeit aufgehoben, daß auf Postämtern und Reichspostanstalten nur mit Notwendigkeit geachtet werden kann. Es werden fortan bis zum Betrage von 40 M alle zugestellten Zahlungsmittel angenommen werden. Die nun vor der Aufhebung stehende Postzeit war eine ständige Ursache von Streitigkeiten an den Postämtern.

Falschgeld. Es ist Anlaß gegeben, wiederholt darauf hinzuweisen, daß von den Zwei-Goldmark-Scheinen des württembergischen wertbeständigen Reichsgelds in letzter Zeit vereinzelte Fälschungen auftraten, die sich von den echten Scheinen dadurch unterscheiden, daß das Wasserzeichen des Papiers durch Aufdruck einer ähnlichen Zeichnung mit Ischiolium fälschlich ist. Außerdem sind die falschen Scheine kaum leicht erkennbar, daß in dem Wort „Unterlegten“ der letzten Zeile des klein gedruckten Textes ein kurzer wogerechter Strich durch das „t“ geht, so daß sich das Wort wie „Unterlegten“ liest.

## Zahl Steuern.

Der Reichsfinanzminister Dr. Under gab am Dienstag Auskünfte über die gegenwärtige finanzielle Lage des Reiches und machte bei dieser Gelegenheit Mitteilungen, die weitest Verbreitung in der Öffentlichkeit verdienen, da sie zeigen, daß eine gewisse Sorglosigkeit des Publikums und eine gewisse Unterschätzung der Aufgaben der Steuerzahler in einem sehr hohen Maße zu erkennen zu lassen. Drei Forderungen werden von den verschiedensten Seiten immer wieder an das Reichsfinanzministerium gerichtet. Diese sind:

1. das Bestehen, Steuern auf längere Fristen zu zahlen, da die Steuern nicht in der Lage seien, zu zahlen,
2. die Aufforderung an das Reich, aus öffentlichen Mitteln wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben von großer Wichtigkeit, zum Beispiel durch Kreditgewährung, zu erfüllen,
3. die an sich unverständliche Forderung, eine neue Position zuzulassen.

Hierzu bemerke der Finanzminister: eine allgemeine Stundung von Steuern sei ausgeschlossen, da das Reich nicht auf die Zahlungen derjenigen Kerne verzichten kann, die tatsächlich imstande sind, den Steuerpflichtigen nachzukommen, da ein Teil der Wirtschaft noch unter der Stabilisierung der Mark wieder über erhebliche finanzielle Reserven verfügt. Selbstverständlich werde bei den Besitzern und wirtschaftlichen Vermögenswerten Grundbesitz den einzelnen Vermögenswerten entgegen und Stundung bewilligt. Dies ist aber nach Natur der Sache ganz ausgeschlossen bei der Umsatzsteuer. Wollte unbegrenzt sei es, daß man in einem Atemzuge der Regierung die Steuerleistungen vorantsetze und andererseits sie zur Steigerung der Ausgaben veranlassen würde. Man wende immer auf den Standpunkt von öffentlichen Geldern bei der Reichskasse! Dabei dürfte man nicht übersehen, daß die Reichsregierung im Juli erhebliche Beträge von Rentenmarkkrediten, den Abschlagszahlungen auf die Reichskasse verkauft habe, um der Erde in den öffentlichen Kassen zu begegnen. Man müsse dabei berücksichtigen, daß das Reich von dem Augenblick der Stabilisierung bis heute nur deshalb durchgekommen sei, weil ihm neben den laufenden Einnahmen große besondere Einnahmen, so zum Beispiel aus den Rentenmarkkrediten, den Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer aus dem Vorjahre, zur Verfügung standen habe. Ende 1924 wird jedoch alles verdrängt sein, einschließlich der letzten 100 Mill. Mark aus dem Rentenmarkkredit. Dann sei das Reich angehalten auf die laufenden Steuereinnahmen, die bekanntlich die laufenden Ausgaben nicht decken, sondern nach dem Vorschlag für das Geschäftsjahr 1924 einen Fehlbetrag von 470 Mill. Goldmark aufzuweisen. Die Mark muß unter allen Umständen stabil erhalten werden. Es ist deshalb notwendig, die bevorstehende, sofortige Einstellung des Volkes zur Frage der Steuerzahlung rechtzeitig zu bestimmen.

Arbeitsnachweis Karlsruh. (1. August). Der vorläufige Verwaltungsausschuß hat in erster Linie bei der Aufstellung der Bilanz für den öffentlichen Arbeitsnachweis mitgewirkt, auf Grund deren dann binnen 6 Monaten der endgültige Verwaltungsausschuß zu bilden ist. Er hat aber bis dahin auch alle anderen dem Verwaltungsausschuß durch das R. R. G. übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Es ersucht sich, von vornherein vorzugeben, daß die Mitglieder des vorläufigen Verwaltungsausschusses nach Errichtung der Bilanz über



bedenkenlos...  
desparteilich...  
den Umst...  
fennig herab...  
200 000 M...  
Befreie und...  
Stimmen bei...  
der Anfecht...  
erbe- und Hau...  
ich heute nach...  
der Borau...  
berdürgermei...  
isse vom Nam...  
and.  
5. Juli 1924.  
Ende der Woche...  
aufgehoben...  
nur mit An...  
ertab bis zur...  
genüßlich ange...  
stehende Ber...  
tereten an den...  
berhalt darauf...  
einen des wä...  
der Zeit ver...  
richteten Sch...  
in des Papies...  
sardialen für...  
Schöne kann...  
ten" der Hebr...  
agredier sich...  
„Historie“  
am Dienstag...  
nge des Reich...  
en, die weite...  
da sie geizig...  
und eine ge...  
nen sehr w...  
ungen werden...  
on des Reich...  
stehen zu lau...  
zu zahlen...  
fentliches Mi...  
großer Zug...  
erfüllen...  
eine neue Jo...  
me allgemein...  
da das Reich...  
richten kann...  
gen nachzuf...  
der Stabilitä...  
gliche Refere...  
Klüssen nach...  
einzelnen Be...  
bewilligt. Die...  
lassen bei de...  
man in einer...  
orientierte...  
den veranla...  
akt von Sten...  
che man nicht...  
schlechte Bet...  
eben und dur...  
en öffentlichen...  
schungen, daß...  
gen bis zum...  
den leucht...  
zum Beispiel...  
ungen auf die...  
Angang gef...  
macht sein, ein...  
Rentenrück...  
enden Steuer...  
aufgaben nicht...  
Geschäftsf...  
auf anzuwe...  
adell erhalten...  
extreme la...  
zahlung nicht...  
vorläufige Ver...  
aufstellung der...  
gewischen, auf...  
bedingte Ber...  
dabei auch...  
das H. R. G...  
sich nicht...  
s verlässig...  
Sagung ohne

weitere als Mitglieder des endgültigen befristet werden können und deshalb schon beim Voranschlag der Weisung für den nächsten Verwaltungsjahr darauf bedacht zu sein, daß Männer und Frauen in den Verwaltungsausschüssen kommen, die die nötige Zeit und das erforderliche Interesse für den öffentlichen Arbeitsnachweis haben und den bedeutsamen und verantwortungsvollen Aufgaben des Verwaltungsausschusses gewachsen sind.

Nach dem H. R. G. hat ja der Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises fast dieselbe maßgebende Bedeutung wie bei reinen Selbstverwaltungseinrichtungen (Stadtkassen und dergl.). Er hat bestimmenden Einfluß 1. auf die gesamte Geschäftsführung und entscheidet auf Beschwerden über dieselbe endgültig; 2. auf die Bestellung der wichtigsten Angestellten, des Geschäftsführers und der Arbeitsvermittler; die Anstellungsbefugnis ist dabei an seine Beschlüsse gebunden; 3. auf den Haushalt des öffentlichen Arbeitsnachweises, den er vorgeschlagen hat.

Dazu kommen die bedeutenden Aufgaben, die die Verordnungen vom 15. 10. 1923 (R. G. Bl. I S. 984) dem Verwaltungsausschuss auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge zuzuwirft: die Entscheidung der Beschwerden auf diesem Gebiet und die Bestimmung über die Arbeitsleistungen, von denen die Erwerbslosenunterstützung abhängig zu machen ist, und vor allem die Festlegung der Beiträge, mit denen sich der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Berufs an der Aufbringung der Mittel für den öffentlichen Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge zu beteiligen haben. Wie belastet die zuletzt genannten Aufgaben zeigen, sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch finanziell stark daran interessiert, daß in dem Verwaltungsausschuss Persönlichkeiten kommen, die ein gutes und den Aufwand rechtfertigendes Wissen des öffentlichen Arbeitsnachweises gewährleisten können.

**Kolonialgeschädigte.** Die Frist für die Umwertung der Kolonialbesitzungen läuft mit dem 31. Juli ab. Vorbrufe für die Anträge sind bei den zuständigen Verbänden zu haben. Ein Antrag ohne Vorruf ist wertlos.

**Der Karlsrufer schon in Baden?** Der „Rebraktier“ teilt mit, es herrsche in der Gegend von Wehr starker Verdacht, daß der Reichsdirektor bereits in einem Grundstück auf der Gemarkung Wehr aufgetaucht sei. Man wird eine amtliche Feststellung dieser Mitteilung abwarten müssen.

**Vom Rathaus.**

**Gemeinderatsitzung vom 22. Juli 1924 Waldsachsen.** Die Haupt-Ratsgeschäftsfortsetzung hat den von der Forstverwaltung aufgestellten Wirtschaftsplans geprüft und dem Gemeinderat zur Genehmigung und Anerkennung zugestellt. Sie bemerkt dabei, daß das Ergebnis der Erhebungen des wirtschaftlichen Zustandes in Bezug auf die Klassen, den vorhandenen Vorrat und den Zuwachs in Verbindung mit der im Körperkassensystem verlangten Nachholbarkeit eine Einschränkung des beantragten Holzabgabestandes von 3000 fm. nötig mache. Die normale 20jährige Abzugsstärke läßt sich mit 223 ha = 20% lösen aus verschiedenen Gründen nicht mehr als um 2%, also auf rd. 22% und rund 240 ha erhöht werden. Die planmäßige jährliche Gesamternte würde hiernach rd. 4000 fm. betragen, dies wäre eine jährliche Nutzung von 350 fm. zur Aufrechterhaltung der ruffähigen Bestände, die eigentlich aus anderen Mitteln zu decken wären. Weiter sollen für Wegbauten im Stadtwald für das Jahresjahr 1923/24 bis zu 6500 fm. zur Verfügung gestellt werden, unter der Bedingung, daß jeder auf dem Boden ruhende Holzteil zuvor von der Körperkassensystemverwaltung genehmigt wird. Die Anlage eines Forsttelegraphen konnte bei den gegenwärtigen unübersichtlichen wirtschaftl. Verhältnissen nicht in Betracht. Infolge der einschneidenden Änderungen des Waldwirtschaftsplans auf die gesamte Finanz- und Steuerwirtschaft der Stadtverwaltung wohnt auch der Referent der Forstdirektion, Herr Oberforstrat Kauf, der Sitzung an und gab interessante Einblicke in den Zustand unseres Stadtwaldes. Nach den Ergebnissen der Erhebungen der Forstverwaltung sind die Klassenunterschiede der Holzarten wesentlich abnorm. So sind 2% der Waldfläche holzlos, 17,8% sind mit einem 1-20jährig. Bestand besetzt = A-Klasse, 22% in B-Klasse (21-40jährig), 18,1% in C-Klasse (41-60 Jahre), 4,1% in D-Klasse (61-80), 12,8% in E-Klasse (81 bis 100) u. 36% in F-Klasse (mehr als 100 Jahre). Die Lage ist also die, daß wir wohl in den nächsten Jahrzehnten einen großen Prozentsatz Schlagbares Holz haben, daß aber in etwa 30-40 Jahren ein gewaltiger Mangel eintreten würde. Eine höhere Nutzung würde zur Folge haben, daß die entstehenden Rückstellungen neben erheblichen Rückständen aus früheren Jahrzehnten nicht bewirkt werden können, ganz abgesehen davon, daß die Nachhaltigkeit des Forstwirtschaftsbetriebs im Stadtwald dann gefährdet wäre. Die Schäden aus früherer Zeit treten jetzt offensichtlich zu Tage. Herr Oberforstrat hält die Bewirtschaftungsweise des derzeitigen Wirtschaftsführers für gut, natürlich zeigen sich die Erfolge nicht wie beim Landwirt innerhalb einem Jahre, sondern erst nach langer Zeit. Doch sei nach seiner Überzeugung heute schon erkennbar, daß sein System das richtige sei, das seine Früchte tragen werde. Im Gemeinderat befindet man sich in einem inneren Konflikt, auf der einen Seite muß dem Wald gegeben werden, was ihm gebührt und auf der anderen Seite müssen die durch die Verdrängung der Jahresnutzung eintretenden Mindererträge — immerhin 15000 M im Jahr — auf anderem Wege, nämlich durch Steuern gedeckt werden. Nach sehr eingehender Beratung wird dem Wirtschaftsplans schließlich zugestimmt, wobei wird aber davon ausgegangen, daß die außerordentlichen Wegbaukosten am Schluß des Wirtschaftsjahres nur nachzuweisen sind und daß auf die jedesmalige vorherige Genehmigung von der Forstdirektion verzichtet wird, und daß das Wegbaukonto möglichst mit Genehmigung der Forstdirektion auch für andere produktive Zwecke verwendet werden kann. Außerdem wird sich vorbehalten, für die erbaute Holzschänke aus einem außerordentlichen Holzschlag für bestimmte Zwecke im Laufe des Wirtschaftsjahres nachzusuchen. — In nichtöffentlicher Sitzung wurden dann noch persönliche Angelegenheiten behandelt. — Arbeitsvergaben. In der am Mittwoch fortgesetzten St.-Sitzung wurde die Erweiterung des Stein- u. Zelfarbentrichs im Knaben- u. Mädchen Schulgebäude

den hier. Malermestern zu 25 J pro qm übertragen. Die Malerarbeiten werden von der Stadt gestellt. — Die Schreinerarbeiten zu Neubau III erhalten die Schreinermeister Holz, Fischer & Co. für 1757 M. — Holzverkauf. Der Holz- und Reisigverkauf im Distrikt Bühl erbrachte einen Erlös von 2657 M. für 1 km. Rohholzschlag wurden durchschnittlich 14,21 M für 100 gehauene Raumbolzen, meist eichen, durchschnittlich 30,20 M bezahlt. — Versäuberung. Einige Kellertische im Mädchen-Schulhaus wurden neu verpackt. — Der beantragte Tausch des Viehhändlers Gänge mit der Stadt zwecks Verlegung seiner Kungelie an der Waldschänke wird genehmigt, ebenso die Verpachtung einer Dungsleite an Fassnermeister Rehle vorbehaltlich anderer Vertragsregelung. — Das Württ. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens legt den Stadtverwaltungen die Genehmigung von einmaligen Beiträgen für die Württ. Volksbibliothek dringend nahe. Der Gemeinderat betont aber, den Kosten angefaßt der Jahresbeiträge und der Finanzlage nicht entsprechen zu können. — Die Verleihung der Fleischbeschaue ist durch eine neue Ministerialverfügung neu geregelt worden. Zur Deckung der Kosten werden die für Gemeinden über 4000 Einwohner festgesetzten Fleischbeschauebeiträge eingezogen. — Nachdem die neue Ernte in unmittelbarer Nähe ist, können die noch vorhandenen Fruchtvorräte der Stadt abgekauft werden. Einige Quantitäten sind zum Preis von 10 M für den Zentner Weizen Ernte 1923, und von 8 M für den Zentner, Ernte 1922, bereits abgekauft. Der Einwohnerbeitrag soll der Weizen zu den gleichen Bedingungen gegen Vergrößerung zunächst angeboten werden. Wer also Erntehaber für die Frucht ist, wolle dies bis nächsten Montag auf der Polizeiwache melden. Es wird vorbehalten, die Bedingung zu stellen, daß mit 1923er Weizen auch 1922er Weizen abgenommen werden muß, dies besonders bei größeren Quantitäten. — Kaufmann Gottlieb Schwarz hat sein Amt als Unterbürger niedergelegt, an seine Stelle wird der Badermeister Ernst Raaf berufen. — Für die diesjährige Volksbibliothek wird auf Vorschlag des Bürgermeisters eine Bestellung guter Bücher bei der Deutschen Buchvertriebsanstalt gemacht. — Hinsichtlich eines 40-jährigen Beschlusses mit der Bezirksbauverein eine Ostbaustellung im größeren Maßstab werden. Dies wird ein Beitrag von 50 M und wenn die Ausführung ausbleibt veräußert wird von 25 M veranlaßt. — Das Bürgerrecht der Frau Thener eines im Ueberlassung eines Bauplatzes im Schloßparkgarten. Die Abtretung wird unter den üblichen Bedingungen in Aussicht gestellt. — Beim

**20 Pfennig**

schicken wir Ihnen nicht, aber Sie können solche ersparen, wenn Sie heute noch den Gesellschaftler bestellen. Von morgen ab verlangt die Post 20 Pfennig mehr für Ihr Heimatblatt.

**Wehr des Rudolf Graf, Sägewerksbesitzer findet sich alljährlich eine größere Vangemeinde aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammen, um die dortige glänzende Badgelegenheit zu genießen. Graf bietet ein Abkühl, es wäre er bereit, einen Uferstreifen von etwa 4 ar im Tauch gegen einen 8 ar großen Platz zwischen der Gemünger- und Gammersstraße abzugeben. Der Gemeinderat ist nicht abgeneigt, dem Vorschlag näher zu treten, lehnt es aber ab, eine offizielle Badgelegenheit, die irgend welche städt. Verpflichtungen zur Folge hätte, zu schaffen. — Die Stadtpflege berichtet, daß bei dem Einzug der Hundsteuer immer wieder der Einwand begegne, die Steuer sei bis Oktober gestundet. Das ist nicht der Fall. Wer seine Hundsteuer jetzt nicht bezahlt, hat ohne weiteres Zwangsverhaftung zu erwarten. — Herr Privatier Emil Jaffer dankt dem Gemeinderat herzlich für die ihm anlässlich seiner goldenen Hochzeit zu Teil gemessene Ehrung. — Zum Schluß nimmt der Vorsitzende die Gelegenheit wahr, der Freude des Gemeinderats und der Stadtverwaltung über den schönen Erfolg des Ver. Lieber- und Sängerkranzes auf dem Trosslinger Gaufest Ausdruck zu geben und dankt dem Vorsitzenden des Vereins und seine vorzügliche Leitung des Chorweibes Geis und den Vorstand Wieland. Der Erfolg sei eine Ehre für die ganze Stadt. Der Gemeinderat beschließt zur Deckung seiner Lasten dem Verein eine Spengabe von 100 M zu bewilligen.**

.....  
Oberamt Freudenstadt.  
.....

**Vom Murgtal, 24. Juli.** Zum Ausbau der Murgtalbahn erzählt die „Köfalter Zeitung“, daß die Baukosten etwa zwei Millionen Mark betragen und die Bauzeit etwa anderthalb Jahre wahren dürfte. Der Verkehrsminister verpörrt der in Berlin vorstellig gewordenen Kommission, diesen Betrag im nächsten Jahr in den Voranschlag der Reichsbahn einzustellen. Wie schon mitgeteilt, empfahl er aber, einen Betrag von etwa einer halben Million als Darlehen der Reichsbahn zu geben, damit sofort mit dem Weiterbau begonnen werden könne. Es ist gedacht, daß Württemberg als Hauptinteressent 200 000 Mark vorstelt, Baden 100 000 Mark, die Städte Kallat und Freudenstadt je 50 000 Mark. Auch die Städte Gernsbach und Guggenau sollen sich an dem geforderten Darlehen beteiligen. Der Stadtrat von Kallat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, ein Darlehen von 50 000 Mark zu gewähren. Wenn nun die anderen beteiligten Stellen sich diesem anerkanntem Vorgehen anschließen, wird die Vollendung der Murgtalbahn bald zur Wirklichkeit werden.

.....  
Oberamt Calw.  
.....

**Bad Liebenzell, Konzert.** Vor vollbesetztem Saal gab der Kammeränger-Franz Josef, der Geliebten aus Hamburg, im Kurhaus ein Konzert. Mit Arien aus der „Schöpfung“ von Haydn, aus der „Artanerin“ von Neuberger, aus „Alba“ von Verdi, mit Liedern aus Wagners „Siegfried“, „Meisterflügel“ und „Siegfried“ enthielt er

seine Zuhörer. In dem großen Saal, der seit seinem Versehen einen solchen Tenor noch nicht gekannt hatte, kam der volle Klang seines herrlichen Organs zur vollen Geltung. In dem jungen Pianisten Josef Walter Klotz aus München hat er einen guten Partner gefunden, der ihn nicht nur lehrförmig begleitete, sondern auch mit genügend geistlichen Einlagen aus Werken Schumanns, Bechis und Chopins den Abend noch bereicherte. Eine besondere Freude war es noch, daß gerade zu diesem Abend der von der Pianofortefabrik Schiedmayer in Stuttgart gelieferte Konzertflügel eingetroffen war und dieses hervorragend schöne Instrument, ein Zeugnis deutschen Fleißes, von solchen Künstlern eingeweiht wurde.

### Handelsnachrichten

**Dollarmarkt Berlin, 24. Juli.** 4,2105 Doll. Mk. Kupon 1 Dollar 4,188, London 1 Pfd. Sterl. 18,50, Amsterdam 1 Gulden 1,62, Paris 1 Franken 0,772, Wm.

**Deutscher Wechselmarkt.**  
Kriegsanleihe 82.  
Der franz. Frankos notierte 65,88 zu 1 Pfd. Sterl. und 12,20 zu 1 Dollar.

**Berliner Geldmarkt.** Die Geldfülle besteht weiter fort. 100 T. Geld war zu 0,273-0,25 v. Z. angeboten, Monatsgeld 1,2 bis 1,75 v. Z.

**Die Großhandelsbilanz auf den 22. Juli** ergibt gegenüber dem Stand vom 15. Juli einen Rückgang auf 114,5, aber um 2,1 v. Z. der vor allem durch die Senkung der Preise für Getreide, Kohlen und Braunkohlen herbeigeführt wird. Von den Hauptgruppen sanken Lebensmittel von 104,7 auf 102,0 oder um 2,7 v. Z., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 94,2 auf 90,1 oder um 4,7 v. Z., Industrielle von 140,8 auf 137,8 oder um 2,1 v. Z., davon die Gruppe Kohlen und Eisen allein um 1,1 v. Z., Bekleidungswaren von 109,1 auf 106,0 oder um 2,8 v. Z. und Einfuhrwaren von 158,1 auf 157,1 oder um 0,6 v. Z. sank.

Vom Reichshof. Vom 11. bis 20. Juli betragen die Einnahmen bei der Reichshofhalle rund 10,5, die Ausgaben rund 14,5, der Ueberbich mithin rund 2,7 Millionen Goldmark. Damit verringert sich der Gesamtzahl der Einnahmen um 2,5 Millionen Goldmark. Der Erlös aus der Verpachtung von Rentenmarktschuldenscheinen weist für die genannte Zeit einen Zuwachs von rund 2,4 Millionen Goldmark auf.

**Untersuchungsausschuss.** Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin hat die Untersuchung gegen über 80 Berliner Damen eingeleitete Untersuchung wegen übermäßiger Juckpudern eingeleitet.

**Einfuhrbeschränkungen in der Schweiz.** Die infolge der Wirtschaftskrise veranlasste stärkere Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Schweizer Markt haben, wie die „Tages-Zeitung“ erzählt, die Schweizerische Regierung veranlaßt, die Kommission für Einfuhrfragen zusammenzubringen, die über die Gründe der Schweizer Industrie auf weitere Beschränkung der Einfuhr Bericht stellen soll. Wenn französische Frankenzug hat man so etwas nicht gehört.

**Landesproduktenbörse Stuttgart, 24. Juli.** Die Stimmung im Getreidemarkt wechelt häufig; heute ist es infolge höherer Ankaufslust wieder fester; Käufer und Verkäufer nehmen eine abwartende Stellung ein. — Wir notieren die 100 Kilogr. für folgende trockene Ware ab württ. Stationen: Weizen 20-21 (20 bis 21), Sommergerste 17-17,5 (16,5-17,5), Hafer 15,5-16,25 (17 bis 17,5), Weizenmehl Nr. 6 32,75-33,75 (32,75-33,75), Weizenmehl 20-25 (25,75-26,75), Kleie 9-9,75 (8,75-9,5), Weizenmehl o.ä. Ernte 4-5 (4-5), Roggen, neue Ernte 5-6 (5,5-6,5), Obst (Erdbeere) 2,5-4,5 (2,5-4,5).

**Mannheimer Produktenbörse, 24. Juli.** Die Stimmung im Getreidemarkt wechelt häufig; heute ist es infolge höherer Ankaufslust wieder fester; Käufer und Verkäufer nehmen eine abwartende Stellung ein. — Wir notieren die 100 Kilogr. für folgende trockene Ware ab württ. Stationen: Weizen 20-21 (20 bis 21), Sommergerste 17-17,5 (16,5-17,5), Hafer 15,5-16,25 (17 bis 17,5), Weizenmehl Nr. 6 32,75-33,75 (32,75-33,75), Weizenmehl 20-25 (25,75-26,75), Kleie 9-9,75 (8,75-9,5), Weizenmehl o.ä. Ernte 4-5 (4-5), Roggen, neue Ernte 5-6 (5,5-6,5), Obst (Erdbeere) 2,5-4,5 (2,5-4,5).

**Berliner Getreidemarkt, 24. Juli.** Weizen märk. 17,00-18,00, Roggen 12,00-13,00, Sommergerste 15,50-16,50, Hafer 14 bis 14,50, Weizenmehl 24-27,00, Roggenmehl 20,25 bis 22,25, Kleie 9,00-10,00, Raps 270-280.

### Märkte

**Stuttgart, 24. Juli.** Schlachtviehmarkt. Dem Demerungsmarkt am Vieh- und Schafmarkt waren zugeführt: 4 Ochsen, 21 Kühe, 140 Jungkälber, 140 Ferkel, 31 Lämmer, 62 Schafe, 796 Schweine (unterhandelt 100, 23 Schafe, Erlös aus 7 1/2 Jhr. Lebensgewicht: Ochsen 1. 30-40 (heute Markt: 24-30), 2. 24-31 (22-30), Küllen 1. 28-30 (neu), 2. 22-27 (neu), Jungkälber 1. 38-43 (37-42), 2. 30-38 (30-39), 3. 22-2 (neu), Kühe 1. 25-30 (neu), 2. 15-21 (neu), 3. 10-14 (neu), Ferkel 1. 40-45 (41-44), 2. 32-38 (34-38), 3. 20-32 (25 bis 32), Schweine 1. 57-60 (58-61), 2. 55-56 (neu), 3. 45-50 (46 bis 50) M. Verkauf der Wacker: mäßig beliebt.

**Mannheimer Viehmarkt, 24. Juli.** Zum Viehmarkt waren 21 zugeführt und wurden zu 30 kg. Lebensgewicht gehandelt: 107 Kühe zu 28-48, 32 Schweine 44-62, 379 Ferkel und Lämmer je 20 bis 24, Leber bei Kühen ruhig, langsam gedumt; bei Schafen mäßig lebhaft, ansehnlich, bei Ferkeln und Lämmern mäßig lebhaft.

**Mannheimer Schlachtviehmarkt, 24. Juli.** Zutrieb: 4 Ochsen 8 Kühe, 18 Ferkel, 3 Ferkel, 107 Schweine. Erlös aus je etwa 1000 kg. Lebensgewicht ohne Zähltag: Ochsen 1. 30-43, Ferkel 1. 40-48, Ochsen und Kühe 2. 26-30, Kühe 30-35, Ferkel 3 bis 36, Kühe 40-52, Schweine 40-62. Marktverlauf: Großvieh und Kühe langsam, Schweine lebhaft, Leberfond 8 Stück Großvieh, 3 Schweine.

**Berliner Güter-Versteigerung.** Beim 71. Verkauf des Württ. meinen Güterversteigerungs-Vereins G. m. b. H. zu Berlin waren insgesamt 71 756 Stück Mehl und Getreide zur Versteigerung aufgestellt worden am 5-10 v. Z. leitet. Erfolge wurden im Rohmehl, Berliner Schlachtvieh, 66 1/2 T. ohne Kopf 88 (74 bis 74), mit Kopf 78-79,75 (72,25-74,75), Ma. über 6 T. ohne Kopf 88,50 (75,25), Ma. mit Kopf 70,25-80 (72-73,25), Ferkel je 20 T. 60,50-73,25 (73). Die Preise verließen sich in Bezug auf die Versteigerung. Die Zahlen in Klammern bedeuten die Preise für beschlagnahmte Ware.

Die Erntebereitungen bei in Baden begonnen. Der Preis für gute Ware 25-30 M. d. Ja.

### Das Wetter

Die Erntebereitungen bei in Baden begonnen. Der Preis für gute Ware 25-30 M. d. Ja.

**Das Wetter**

Die Erntebereitungen bei in Baden begonnen. Der Preis für gute Ware 25-30 M. d. Ja.

**Ordnung:**  
Tunlingen OR. Freudenstadt: Schanz Karl z. Calw. Museum.



**Amliche Bekanntmachungen.**

**Fürsorgeverwaltung.**

Die Oberamtspflege, die Bezirksfürsorgebehörde und die Ortsfürsorgebehörden werden auf die Bekanntmachung der Württ. Landesfürsorgebehörde vom 21. Juli d. J. (Staatsanz. Nr. 167 S. 6) zur gemauerten Nachachtung hingewiesen. 234 Nagold, den 24. Juli 1924.

Oberamt: Müllg.

**Aufforderung an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen zur Einreichung von Vorschlagslisten für den vorläufigen Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises.**

Das Arbeitsministerium hat auf Grund des R. N. G. vom 22. VII. 1922 (R. G. Bl. I S. 657) durch Erlass vom 16. Juli 1924 den Oberamtsbezirk Nagold als Bezirk für das Arbeitsamt Nagold festgesetzt und bestimmt, daß die Amtskörperschaft Nagold die Verwaltung des Arbeitsnachweises zu übernehmen hat. Rannmehr ist für den Arbeitsnachweis ein vorläufiger Verwaltungsausschuss zu bilden.

Zu Beisitzern sollen mindestens je 3 Arbeitgeber u. Arbeitnehmer — darunter mindestens auch Frauen — bestellt werden; für jeden Beisitzer ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die in dem Bezirk des Arbeitsamtes vorhandenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden deshalb aufgefordert, die spätestens 5. August Vorschlagslisten beim Oberamt Nagold einzureichen.

Zu Vorschlägen berechtigt sind nur reine Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmervereinigungen, die Parteien eines Tarifvertrags sein können.

Zu Beisitzern bestellt werden können nur solche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Reichsangehörige, mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens 6 Monaten in dem oben genannten Bezirk des Arbeitsamtes wohnhaft oder beschäftigt sind. Eine Darlegung aus der hervorgeht, daß diese Voraussetzungen bei den einzelnen Vorgesetzten vorliegen, ist den Vorschlägen anzuschließen. Den Beisitzern können angemessene Taggelder und Entsch der Reisekosten gewährt werden.

Wenn die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervereinigungen sich nicht auf je einen Vorschlag einigen — diese Einigung wäre auch für das Zusammenarbeiten im Verwaltungsausschuss sehr zu wünschen — so müssen die Arbeitgebervereinigungen die Zahl der von ihren Mitgliedern im Bezirk des Arbeitsamtes beschäftigten Arbeitnehmer, die Arbeitnehmervereinigungen die Zahl ihrer Mitglieder im Bezirk des Arbeitsamtes angeben, da hiernach die Sitze verteilt werden. Für die Bestellung ist die Reihenfolge in den Vorschlagslisten maßgebend. Nagold, den 24. Juli 1924. Oberamt: 233 J. A.: Metzke No. Amtmann.

**Ver. Lieder- u. Sängerkranz Nagold.**

Am Sonntag, den 27. Juli, von nachm. 2 Uhr ab, veranstaltet der Verein auf dem Stadtpark ein

**Sommerfest**

mit Gesangs- u. Musikvorträgen.

Die verehel. aktiven u. passiven Mitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen.

Falls bei zweifelhaftem Wetter die Veranstaltung trotzdem stattfindet, wird die Stadtkapelle um 1/2 1 Uhr durch die Stadt marschieren.

Der Vorstand: Wieland.

NR! Verkäufer, die nicht von der Veranstaltung zum Postplatz keinen Zutritt.

**Schillingen-Pfrendorf.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns Sie, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am Sonntag den 27. Juli 1924

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum Adler in Schillingen freundlichst einzuladen. 237

Friedrich Lutz ♂ Marta Brenner

Bierbrauer ♂ Tochter des Jakob Brenner in Schillingen. ♂ Eisenermeister in Pfrendorf.

Aufgang 1 Uhr.

Wir bitten, dies hat jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.



**Schwarzwalder-Verein Nagold.**

**Nächsten Sonntag Frühwanderung**

in der näheren Umgegend. Treffpunkt 6 Uhr am h. d. Turmhalle.

Die Abführung des Sonderbeitrags für das Gedächtnishaus auf d. Fehrenhöhe wird einmündig. Der Vorstand.

Nagold. 231

**Gasthof z. Löwen**

Sonntag, 27. Juli 1924

**Tanz-Unterhaltung**

bei guter Streichmusik.

Ein junger 203

**Bursche**

für Viehstall, der auch melken kann, sowie ein jüngeres

**Mädchen**

für Küche und Haushalt finden Stelle bei

G. Wolber, Schwarzenkreuzer Nagold.

**Bienenzüchter-Berein Nagold.**

Sonntag 27. Juli nachmittags 4 Uhr in Pfrendorf im Hofhaus zur Binde 215

**Zucker-Versammlung.**

Vorbereitung: Vortrag über Pflege d. Schwärme u. Völkchen im Nachsommer u. a. Zuckerernte. Verschiebenes. Um zahlreiche Beteiligung und pünktl. Erscheinen bittet. Der Vorstand.

Pfrendorf, den 24. Juli 1924.

**Trauer-Anzeige.**

Lieferkühler machen wir Verwandter, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein ungeliebter lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

**Adolf Renz, Metzger**

durch einen Unglücksfall in Comcourt (Frankreich) am 14. Juli im Alter von 26 1/2 Jahren den Tod gefunden hat.

Um stille Teilnahme bittet: die tiefbegrübte Mutter:

Helene Renz, Wittwe mit ihren Söhnen.

Trauer Gottesdienst am Sonntag den 27. Juli vorm. 10 Uhr.

**Sil**

Henkel's Bleich- u. Waschmittel

gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche. Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Unter die Löwen Afrikas können Sie gehen, 21



wenn Sie Hosen von M. Schloss in Nagold tragen.

Verkaufe enschließlichsthalb. verschied. sehr gut erh.

**Weinfässer**

von 20 Liter an aufwärts, sowie ca 10 Ztr. Stroh.

Fr. Prof. Tel. 3. Wildberg.

**Anzeigen**

für die Samstags-Nummer wollen heute noch aufgegeben werden.

Geschäftsstelle des Gesellschafter.

Reizende kleine Geschenkbeigaben sind:

Notizbücher, Herzblöcke, Pappschachteln z. Füllen, Einklebe-Album, Gästebücher, Poestis- u. Tagebücher, jed. Brieftaschen u. Geldmappchen.

Die in geschmackvoller Auswahl zu haben sind bei

**G. W. Zaiser, Nagold.**

Nächsten Sonntag 234

**große Hundebörse**

im Wolfhorn in Halterbach.

Für sofort oder später suche ich jüngeres fleißiges

**Mädchen.**

Frau M. Schweikle, med. Werkstätte, Nagold. 232

**Rohrgefäß**

werden geflochten von

Hch. Jung, Nagold.

Nagold. 227

Habe eine sehr wenig gebrauchte

**Schreibmaschine**

— Steiner-Rekord — zu verkaufen.

Wer? sagt die Geschäftsstelle d. H.

Eine 38 Wochen trübselige Ärtze, gute 208

**Fahrradgummi**

Viele Aufträge u. Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit und guten Ware. 99

Machen Sie ein Versuch.

Fahrradmantel 2,75 prima Qualität 3,50 extra prima Qual. 3,25 Gebirgsmantel 4,25 u. 4,75 Fahrrad-Schläuche extra prima Qualität 99 u. 1,15

**Fahrräder Nähmaschinen**

Auf Wunsch Teilzahl. Katalog gratis

**Emil Levy** Hildesheim 406.

**Milchkuh**

hat zu verkaufen Paul Saiser, Hochdorf.

**Ad. Reinhardt**

Teigwarenfabrik

Effringen, Fernsprecher Nr. 2 empfiehlt 103

**Bandnudeln, Suppennudeln**

**Maccaroni, Hörnchen**

in nur besten Qualitäten.

Nur an Wiederverkäufer.

**Kulturatlanten**

in Welt und Bild eine Quelle der Belehrung für Schule und Haus

find:

Deutsche Kultur des Mittelalters im Bild, Klassische Kultur im Bild, Griechische Kultur im Bild, Römische Kultur im Bild.

Schreib- und Buchwesen einst und jetzt.

Vorständig bei

**Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

**Füllfederhalter**

verschiedene Fabrikate mit echten Gold- oder Ersatzfedern preiswert zu haben bei

**G. W. Zaiser, Nagold.**

